

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Susanne Ferschl, Gökyay Akbulut, Matthias W. Birkwald, Ates Gürpınar, Pascal Meiser, Sören Pellmann, Heidi Reichinnek, Dr. Petra Sitte, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Homeoffice als Arbeitsform

Homeoffice als Arbeitsform hat nach der Corona-Pandemie weiter zugenommen. Oft sehen Unternehmen und Betriebe Homeoffice auch als eine Einsparungsmöglichkeit bei den Betriebskosten.

Im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP steht ein Erörterungsanspruch über mobiles Arbeiten und Homeoffice (vgl. Mehr Fortschritt wagen. Koalitionsvertrag 2021 bis 2025, S. 54). Eine aktuelle gesetzliche Regelung gibt es nicht.

Homeoffice ist eine ambivalente Arbeitsform, die je nach Ausgestaltung für Beschäftigte ein größeres Maß an Souveränität und Selbstbestimmung am Arbeitsplatz und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf bewirken kann. Gleichzeitig birgt sie auch die Gefahr von Entgrenzung und gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen.

Aus Sicht der Fragesteller müssen rechtliche Rahmenbedingungen die Entscheidung der Beschäftigten über den Arbeitsort zur Priorität haben und auf Basis der aktuellen Erkenntnisse über Homeoffice als Arbeitsform gestaltet werden. Die Fraktion DIE LINKE. erbittet die Darstellung der erfragten Daten möglichst direkt ohne Verlinkungen und Querverweise.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Beschäftigte nach Kenntnis der Bundesregierung arbeiten teilweise oder ausschließlich im Homeoffice bzw. in Telearbeit (bitte die aktuell verfügbaren Zahlen sowie für die Jahre 2013 bis 2022 einzeln ausweisen und sofern möglich nach Branchen, Bundesländern und auch nach Stellung im Betrieb, Bildungsniveau, monatlichem Bruttoverdienst, Geschlecht und Alter differenzieren)?
2. Wie groß ist nach Kenntnis der Bundesregierung das sogenannte Homeoffice-Potential in Deutschland, d. h. wie viele Beschäftigte könnten ihre Tätigkeit ganz oder teilweise im Homeoffice leisten (bitte für die verschiedenen Branchen und Wirtschaftszweige einzeln ausweisen)?

- a) Welche Gründe sind der Bundesregierung bekannt, weswegen Beschäftigte trotz des objektiven Bestehens eines „Homeoffice-Potentials“ an ihrem Arbeitsplatz bzw. der Geltung der Homeoffice-Angebotspflicht nicht ins Homeoffice wechseln oder gewechselt sind (bitte in der Antwort darauf eingehen, wenn es unterschiedliche Gründe je nach Branchen, Bundesländern und Stellung im Betrieb, Bildungsniveau, monatlichem Bruttoverdienst, Geschlecht und Alter geben sollte)?
- b) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Einstellung von Arbeitgebern und Führungskräften gegenüber der Arbeit im Homeoffice?
3. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, ob und wie sich die Lage der betrieblichen Mitbestimmung in Deutschland seit dem Aufwuchs von Homeoffice seit 2021 verändert hat?
 - a) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, wie viele Betriebsrats- und Personalratsgremien selbst im Homeoffice arbeiten bzw. ihre Arbeit ganz oder teilweise virtuell gestalten (bitte in der Antwort darauf eingehen, wenn es unterschiedliche Entwicklungen je nach Branchen oder Bundesländern geben sollte)?
 - b) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, wie viele Betriebe mittlerweile mitbestimmte Regelungen zum Homeoffice haben (bitte in der Antwort darauf eingehen, wenn es unterschiedliche Entwicklungen je nach Branchen oder Bundesländern geben sollte)?
4. Wie viele qm Wohnraum stehen nach Kenntnis der Bundesregierung abhängig Beschäftigten durchschnittlich zur Verfügung (bitte für die Jahre 2018 bis 2022 und aktuellste vorliegenden Zahlen einzeln ausweisen und sofern möglich nach Branchen, Bundesländern und auch monatlichem Bruttoverdienst, Geschlecht und Alter differenzieren)?
5. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl und Verbreitung von sogenannten Coworking Spaces entwickelt (bitte die aktuell verfügbaren Zahlen sowie für die Jahre 2015 bis 2022 ausweisen)?
 - a) Welche Bedeutung haben Coworking Spaces nach Einschätzung der Bundesregierung für die jetzige und weitere Entwicklung der Arbeitswelt im Allgemeinen und der mobilen Arbeitsformen im Besonderen (bitte in der Antwort darauf eingehen, wenn die Bundesregierung unterschiedliche Bedeutung je nach Branche, Bundesland, Tätigkeit, Geschlecht und Alter sowie Stellung im Betrieb sehen sollte)?
 - b) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung durch das Bundesprogramm „Ländliche Entwicklung“ in Bezug auf die Förderung von Coworking Spaces erlangt, und ist aufgrund dieser Erkenntnisse eine allgemeine Ausweitung der Förderung von Coworking Spaces geplant?
 - c) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Einhaltung der Arbeitsstättenverordnung und der Einhaltung des Arbeitsschutzgesetzes in Coworking Spaces, und wie wird die Einhaltung überprüft?
6. Welche gesundheitlichen Beschwerden stehen nach Kenntnis der Bundesregierung mit der Arbeit an einem Büroarbeitsplatz im Zusammenhang?
 - a) Welche sind nach Kenntnis der Bundesregierung die häufigsten Arbeitsunfälle bei der Arbeit im Homeoffice (bitte aktuell verfügbare Zahlen sowie für die Jahre 2019 bis 2022 einzeln ausweisen und sofern möglich nach Branchen, Bundesländern und auch nach Stellung im Betrieb, Geschlecht und Alter differenzieren; wenn keine Erkenntnisse vorliegen, bitte begründen)?

- b) Nimmt nach Kenntnis der Bundesregierung durch die Arbeit im Homeoffice die emotionale Erschöpfung der Beschäftigten zu, und wie groß ist der Anteil der Beschäftigten, auf die dies zutrifft (bitte für die Jahre 2012 bis 2022 einzeln ausweisen und sofern möglich nach Branchen, Bundesländern und auch nach Stellung im Betrieb, Bildungsniveau, monatlichem Bruttoverdienst, Geschlecht und Alter differenzieren)?
 - c) Bestehen nach Kenntnis der Bundesregierung Unterschiede zwischen im Homeoffice arbeitenden und nicht im Homeoffice arbeitenden Beschäftigten bezüglich der Gesamtheit der Krankheitstage (bitte in der Antwort darauf eingehen, wenn es Unterschiede je nach Branche, Bundesland, Alter, Geschlechter, Stellung im Betrieb, monatlichem Bruttoverdienst oder Bildungsniveau geben sollte)?
7. Wie kann nach Einschätzung der Bundesregierung der Arbeits- und Gesundheitsschutz im Homeoffice gesichert werden?
- a) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Einhaltung des Arbeitsschutzgesetzes im Homeoffice und dessen Kontrolle auf Einhaltung?
 - b) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Aufnahme von Homeoffice Arbeitsplätzen in Gefährdungsbeurteilung?
 - c) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Erweiterung der Gefährdungsbeurteilung in Betrieben um den Arbeitsplatz Homeoffice (bitte einzeln nach Branchen differenzieren)?
 - d) Bei wie vielen Betrieben wurden nach Kenntnis der Bundesregierung durch staatliche Behörden seit 2021 Überprüfungen der Gefährdungsbeurteilung in Betrieben durchgeführt (bitte für die Jahre 2013 bis 2022 und aktuellste Zahlen einzeln ausweisen und sofern möglich nach Branchen, Bundesländern differenzieren)?
8. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Arbeitszeit im Homeoffice?
- a) Inwieweit werden nach Kenntnis der Bundesregierung die gesetzlichen Pausenzeiten der im Homeoffice arbeitenden Beschäftigten eingehalten, und gibt es Unterschiede zu anderen Beschäftigten (bitte in der Antwort darauf eingehen, wenn es Unterschiede je nach Branche, Bundesland, Alter, Geschlecht, monatlichem Bruttoverdienst oder Bildungsniveau geben sollte)?
 - b) Bei wie vielen der im Homeoffice arbeitenden Beschäftigten kommt es nach Kenntnis der Bundesregierung zu verkürzten Ruhezeiten, und gibt es Unterschiede zu anderen Beschäftigten (bitte in der Antwort darauf eingehen, wenn es Unterschiede je nach Branche, Bundesland, Alter, Geschlechter, Stellung im Betrieb, monatlichem Bruttoverdienst oder Bildungsniveau geben sollte)?
 - c) Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Beschäftigten, die im Homeoffice länger als vertraglich vereinbart arbeiten, und gibt es Unterschiede zu anderen Beschäftigten (bitte in der Antwort darauf eingehen, wenn es Unterschiede je nach Branche, Bundesland, Alter, Geschlechter, Stellung im Betrieb, monatlichem Bruttoverdienst oder Bildungsniveau geben sollte)?

- d) Wie viele der im Homeoffice arbeitenden Beschäftigten machen nach Kenntnis der Bundesregierung Überstunden, inwiefern werden diese vom Arbeitgeber erfasst und anerkannt, und gibt es Unterschiede zu anderen Beschäftigten (bitte in der Antwort darauf eingehen, wenn es Unterschiede je nach Branche, Bundesland, Alter, Geschlechter, Stellung im Betrieb, monatlichem Bruttoverdienst oder Bildungsniveau geben sollte)?
- e) Wie wird die Arbeitszeit der im Homeoffice arbeitenden Beschäftigten nach Kenntnis der Bundesregierung erfasst (bitte in der Antwort darauf eingehen, wenn es Unterschiede je nach Branche, Bundesland, Alter, Geschlechter, Stellung im Betrieb, monatlichem Bruttoverdienst oder Bildungsniveau geben sollte)?
9. Inwiefern unterscheidet sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Arbeitszufriedenheit der im Homeoffice arbeitenden Beschäftigten im Vergleich zu den nicht im Homeoffice arbeitenden Beschäftigten (bitte in der Antwort darauf eingehen, wenn es Unterschiede je nach Branche, Bundesland, Alter, Geschlechter, Stellung im Betrieb, monatlichem Bruttoverdienst oder Bildungsniveau geben sollte)?
- Wie groß ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Einfluss des Einkommens auf die Arbeitszufriedenheit der im Homeoffice arbeitenden Beschäftigten?
10. Welche zusätzlichen Kosten entstehen schätzungsweise nach Kenntnis der Bundesregierung für Beschäftigte durch die Arbeit im Homeoffice?
- a) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über tatsächliche oder potenzielle Ersparnisse bei den Betriebskosten von Arbeitgebern durch die Entsendung von Beschäftigten ins Homeoffice?
- b) Wer sollte nach Auffassung der Bundesregierung zusätzliche Kosten durch die Arbeit im Homeoffice tragen, und welche Regelungen dazu plant die Bundesregierung?
11. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung aus der Politikwerkstatt „Mobile Arbeit“ (<https://www.arbeit-sicher-und-gesund.de/mobile-arbeit>) gewonnen?
- a) Welche Streitpunkte und Einigungen gab es nach Kenntnis der Bundesregierung bei den Diskutanten und Beteiligten der Politikwerkstatt „Mobile Arbeit“?
- b) Welche Erkenntnisse und Ergebnisse (auch vorläufige) ergab die Politikwerkstatt „Mobile Arbeit“?
- c) Welche Maßnahmen plant Bundesregierung aufgrund der Erkenntnisse und Ergebnisse der Politikwerkstatt „Mobile Arbeit“ (bitte auch vorläufige Ergebnisse einbeziehen)?

Berlin, den 27. November 2023

Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion